

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dr. H. K. Schmidt, Dresden, Br. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Dresden, Br. 20613.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch den Postweg vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pfennig, darunter 40 Prozent Leerungszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Vergrößerung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Brieflieferungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 59.

Dresden, Mittwoch den 12. März 1919.

30. Jahrg.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Hering mit Schlagfahne.

Es bleibt bis auf weiteres bei diesem Schluss unabhängig: Hering schmeckt gut, Schlagfahne schmeckt nicht, wie gut mag da erst Hering mit Schlagfahne schmecken? In die Gedankenwelt der Unabhängigen übertragen, heißt das: Die Diktatur des Proletariats ist schön, die parlamentarische Demokratie ist schön, wie schön ist da erst beides zusammen. Und also besennt sich die U. S. P. D. in den auf ihrem Parteitag gefassten Beschlüssen „zum Räte“em u. d. damit zur Diktatur des Proletariats, sie ist aber auch der Auffassung, daß trotz diesem Bekenntnis in der jetzigen Situation der Parlamenten als Kampfmittel große Bedeutung zukommt.“ So formuliert die Leipziger Volkszeitung das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung. Und sie stellt fest: „Das bedeutet einen Sieg der Linken auf dem Parteitag“, dann aber wurde damit auch wieder „ein Sieg der Rechten über die Linke herbeigeführt“. Also es war so eine Art Wettritten, in dem bald der eine, bald der andre siegte.

Über allen Verhandlungen dieses Parteitags aber schwebte die alte Gefahr einer Spaltung, die schließlich in einem Rot noch einmal umgangen wurde. Doch es wird keinen Unabhängigen geben, der sich über den wahren Stand der Dinge täuscht. Die Spaltung ist aufgehoben, aber die Gefahr ist nicht aufgehoben. Denn dieser entscheidende Beschluß ist schließlich nur ein Stück mühseliger Tapferarbeit, die vorhandene Gefahr „so zwar überlistet, aber nicht aus der Welt schafft. Die Gegenläufe, an denen es ganze Tausend und Tausende der Unabhängigen frant, krochten in den Redebühnen dieses Parteitags mehr als einmal auf. Und die jetzige Lage der U. S. P. D. sieht einem bestimmten Hoffnungsfrieden. Die Bedingungen dieses Waffenstillstands aber hat der linke, stark spartakistische Flügel der Partei diktiert. Er kann einen Sieg buchen, der viel ausfallsreicher ist, als es nach den letzten Beschlüssen den Anschein hat. Und der rechte Flügel der Unabhängigen kann in Erinnerung an dieses Wettritten mit Frostlag sagen: So lag ich und so führt ich meine Klinge. Oder mit dem Volkswohl: Bald lag er oben, bald lag ich unten. Denn so war es. Der Parteitag holte die U. S. P. D. mit starkem Rud nach links und die ruhiger denkende Richtung um Gaase, Bernstein, Sauter, Hilferding ist unterlegen. So sehr sich auch dieser Flügel bemühte, durch möglichst scharfe und durchaus nicht soziale Kritik an der Politik der Mehrheitssozialisten zu beweisen, daß auch er „gut unabhängig allerwegen“ sei, so wenig gelang es ihm, den Parteitag hinter sich zu bringen. Die radikale Gruppe siegte. Der linke Flügel trug den Erfolg davon. Und Geist von seinem Geiste beerrichtete alle gefassten Beschlüsse.

Dafür nur ein Beispiel. Der Parteitag nahm einen Antrag an, der die Annulierung der Kriegsanleihe fordert. Er hat mit diesem Beschluß, der ganz nach spartakistischem Vorbild gefaßt wurde, „radikalen“ Verammelungsrednern einen politischen Erfolg gesichert. Denn wenn diese nun vor einem solchermäßig ungeschulten Publikum sagen werden, daß die Kriegsanleihe getilgt werden müsse, um das Reich von seiner Schuldenlast zu befreien, so sind sie des Beifalles der Unabhängigen sicher.

Dem Parteitag aber kamen hinterher doch die Bedenken. Es gibt doch immerhin auch bei den Unabhängigen einige Leute, die wissen, was die praktische Durchführung dieses Beschlusses bedeutet. Vielleicht gehört zu diesen auch Herr Gaase, von dem wir uns erinnern, daß er als Volksbeauftragter in den ersten Tagen seiner Regierung einen Erfolg unterzeichnet hat, durch den die Kriegsanleihe auch von der Republikationsregierung garantiert wird. Gaase hat seinerzeit sicher nicht aus Liebe für die Kapitalisten diesen Erfolg unterzeichnet, sondern weil er ganz genau wußte, daß mit der Annulierung der Kriegsanleihe Millionen kleiner Leute, auch Arbeiter, ihre geringen Ersparnisse bis auf den letzten Pfennig einbüßen würden, daß gleichzeitig sämtliche Sparbanken sowie auch die Versicherungskassen der Arbeiter an dem Tage der Annulierung der Kriegsanleihe bankrott sein würden. Kranken-, Invaliden-, Altersversicherung würde mit diesem Tage ausbleiben.

Darauf besann man sich auch sehr, und so lautete hinterher ein Antrag Rosenfeld auf, der den bedürftigen Kriegsanleihegläubigern sowie den gemeinnütigen Klassen den Schaden, den sie durch Annulierung der Kriegsanleihe erleiden, ersetzen will. Gaase hat dringend, den Antrag anzunehmen, da hierdurch die Blamose der Partei wenigstens um einiges vermindert würde. Und siehe da, der Antrag wurde angenommen. Praktisch bedeutet er, daß vor der annullierten Kriegsanleihe etwa neun Schmelz doch gemacht werden, denn daß die gesamte Kriegsanleihe ist bei den öffentlichen Klassen nicht unerschrocken. Die Unabhängigen werden aber trotzdem ihnen eigenen Stolz erzählen, daß sie für die Annulierung der Kriegsanleihe sind. Sie werden doch dieses schöne Argument, mittel nicht einfach der spartakistischen Konkurrenz überlassen.

Und das war immer wieder das Kennzeichen dieses Parteitags: Die Angst, daß die spartakistische Konkurrenz die

Unabhängigen an Radikalismus überbieten und damit die ganze Partei an die Wand drücken könnte. Diese Angst war die treibende Kraft, die auch den rechten Flügel schüttelte, sie schüttelte die Kräfte, die über die Gegenläufe hinwegharrten. Dem linken Flügel freilich ist es mit dieser spartakistischen Geinnung ganz ernst. Und als ein Redner verlangte, daß die Partei klar ausbreite, was die Unabhängigen von den Spartakisten trennt, da wurde ihr mit anerkenntniswerter Offenheit zugerufen: „Gar nichts!“

Und das ist die Wahrheit. Die Grenzlinie zwischen Unabhängigen und Spartakisten ist nach diesem Parteitag nicht mehr zu erkennen. Dagegen hat er die Grenze nach rechts scharfer betont denn je. Und die Weigerung der tatsächlichen Unabhängigen, mit den Mehrheitssozialisten zusammen eine Regierung zu bilden, ist nur eine Folge dieser Grenzberichtigung. Wer noch eine Einigung der beiden stärksten Arbeiterparteien für möglich gehalten hat, dem muß dieser Parteitag klar gemacht haben, daß diese Einigung, so wünschenswert sie um der Arbeiter willen wäre, an dem Verhalten der Unabhängigen scheitern muß. Alle Redner dieses Parteitags, die den Einigungsgedanken vertraten, stießen auf den lärmenden Widerspruch des Saales und der Galerien. Alle aber, die diesen Gedanken mit möglichst radikaler Geste weit von sich wiesen, ernten stürmischen Beifall. Eine Erfahrung, die einem der Redner den Stuhlknopf abbrehte: „Ach, wenn man nicht immer radikal bricht, dann wird man als Bremser und Angstmeier hingestellt.“

Innerhalb dieser schwankenden Grenzen aber blieben die Gegenläufe immer von neuem aufeinander, und die Klüfte, die in Wirklichkeit heute schon unabhängig und unabhängig trennt, wurde immer deutlicher sichtbar. Noch einmal klaffte sie am Schluß bei der Vorstandswahl auf. In einem Wahlgang wurden Gaase mit 154 und Däumig mit 109 Stimmen zu Vorsitzenden der Partei gewählt. Gaase lehnte ab und erklärte, er und Däumig beträten entgegengesetzte Anschauungen, die so weit auseinandergehen, daß er mit Däumig in der Parteileitung nicht zusammenarbeiten könne. Es stellte sich heraus, daß Däumig von den Berliner Radikalen nachträglich auf die Vorstandsliste gebracht worden war, um den Parteitag zu überumpeln und der Partei, die sich Däumig gegen ihn sagte, einen entschiedenen Rud nach links zu geben. In dieser Rot schlug ein Delegierter vor, den alten Vorstand einstweilen im Amt zu belassen und in vier bis sechs Wochen wieder einen Parteitag zusammenzurufen. Die Gegenläufe in der Partei seien so stark, daß auf dem nächsten Parteitag die Trennung unvermeidlich sei. Schließlich wurden aber in einem zweiten Wahlgang Gaase mit 107 und Crispian - Stuttgart, der der Linken angehört und mit dem Schutzhelmen der Schulter wohl den Namen nicht aber die milde Gemütsart teilt, mit 137 Stimmen zu Vorsitzenden gewählt.

So half der Kleinstertopf noch einmal über den Miß hinweg, der durch die U. S. P. D. geht. Aber Clara Zetkin wird recht behalten mit ihrem Wort, das sie auf diesem Parteitag sprach: „Die unabhängige Partei trägt den Stempel des Zerfalls auf der Stirn.“ Die Spaltung wird kommen, sie ist unvermeidlich. Eines Tages wird den Rechten wie den Linken die Schlägel, in der der Parteitag als schlechter Koch Hering mit Schlagfahne mengte und aus der sie heute unter vielem Geschwätzschneiden noch gemeinsam löfeln, gleich ungenießbar vorkommen, und jede der beiden Richtungen dieser Partei, die schon keine mehr ist, wird die ihr zugehörige Teilklasse ungenießbar verschmecken wollen.

Bruch in Posen.

Berlin, 12. März. Die militärischen Mitarbeiter der deutschen Kommission in Posen haben wegen der ihnen zuteil gewordenen Behandlung und wegen des von den Mitgliedern der Gente bei den Besprechungen angeschlagenen Tones ihre Tätigkeit abbrechen müssen und sind von Posen abgereist.

Verstärkte Friedensbedingungen.

In der deutschen Presse werden immerwährend die vorläufigen Friedensbedingungen des Verbandes erörtert. Diese Bedingungen werden Anforderungen der ausländischen Presse entgegenkommen. Es ist aber eine mühsame Arbeit, aus diesen Nachrichten irgendwelche Schlüsse zu ziehen, denn die tatsächlichen Friedensbedingungen des Verbands stehen zur Zeit noch nicht fest und werden nicht eher formuliert werden, als der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, nach Europa zurückkehrt. Die deutschen Delegierten wollen bereits gegen Europa zurückkehren. Die deutschen Delegierten wollen bereits gegen Europa zurückkehren.

Den deutschen Verbänden sind erhaltende Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zugegangen. Ähnliche Nachrichten kommen aus Frankreich. Ob diese Meldungen glaubwürdig sind ist nach den bisherigen Erfahrungen allerdings eine andre Frage.

Differenzen im russischen Bolschewismus

Aus Helsingfors wird berichtet: Die Beratungen des jüngsten allrussischen Sowjetkongresses haben gezeigt, daß die Differenzen zwischen den Ultraradikalen, unter Trozki und Sinowjew, und der gemäßigten Richtung unter Lenin weiter fortbestehen. Es kam zwischen beiden Gruppen während der Frage der Aufhebung der Autonomie von Petersburg und anderer Bezirke, die augenblicklich unter der unbeschränkten Diktatur Sinowjews stehen, zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit des Kongresses sich auf den Boden der menschlichen Anschauungen stellte.

Der Times wird dazu gemeldet: Der Miß zwischen den extremistischen Gruppen Trozki und Sinowjews einerseits und Lenin andererseits wird durch den Beschluß des Sowjetkongresses bestätigt, die Autonomie von Petersburg und einigen anderer Regierungen aufzuheben, die unter der Diktatur von Sinowjew sich einer unbeschränkten Macht erfreuen.

Berliner Kämpfe.

Über die Lage erfahren die B. V. K. an zuständiger Stelle: Unverkennbar nimmt die spartakistische Arbeiterbewegung weitere Ausbreitung nach Süden und Südosten. Es ist daher an ein baldiges Abflauen der erbitterten Kämpfe kaum zu denken. Wenn die Regierungstruppen gestern dem ihnen gesteckten Aktionsradius nicht überschritten haben, so nur deshalb, weil die gründlichste Säuberung des Südostens Vorbereitung für die günstige Weiterentwicklung der Operationen ist. Auch in Neufölln haben die Unruhen größeren Umfang als bisher angenommen, und aus diesem Grunde werden die Regierungstruppen heute mit aller Energie an die Säuberung Neuföllns gehen. Nach neuesten Meldungen ist der Bahnhof in Lichtenberg von den Spartakisten besetzt. Sie haben auch alle Schienenstränge aufgesperrt und so jeden Bahnverkehr nach Lichtenberg unterbunden. Leider sind ihnen auf dem Bahnhof auch ziemlich beträchtliche Vorratsmengen in die Hände gefallen. Nach einer im Augenblick nicht nachprüfenden Meldung sind spartakistische Streitkräfte im Anmarsch auf das Artilleriedepot Reinickendorf, um sich in den Besitz des Geschützparkes zu setzen. Gegenüber der unter der Bevölkerung der südlichen Stadtviertel verbreiteten Meinung, daß die schweren Schäden an Menschenleben und Gütern, die durch die heftige Artillerievorgänge hervorgerufen sind, von der Besetzung durch die Regierungstruppen herabgemindert werden, darauf hingewiesen werden, daß die Kommunisten ebenfalls über nicht zu unterschätzende Kräfte verfügen, die sich nicht eingestrichelt wird. Wenn auch der Aufbruch in der Innenstadt durch die Besetzung der Regierungstruppen niedergedrückt, ein Wiederaufkommen dochst zumindest nicht abgesehen wird, so beweist doch die Ausbreitung und die erbitterte Festigkeit der Kämpfe an der östlichen und südlichen Peripherie der Stadt, daß mit einer endgültigen Niederschlagung der Revolte für die nächsten Tage noch nicht gerechnet werden darf. Aus diesem Grunde haben auch die verantwortlichen militärischen Stellen weitere beträchtliche Verstärkungen der Regierungstruppen nach Berlin beordert, die zum Teil schon eingetroffen, zum Teil morgen eintreffen werden. Alle Meldungen, die bisher über die Weiterentwicklung der Kämpfe eingegangen sind, lassen klar erkennen, daß nach der Verhängung des Ständrechts die Kommunisten mit einer fanatischen Kampfeslust sich zur Wehr setzen, die nichts nicht zu verlieren hat.

Flucht der Spartakisten aus Lichtenberg.

Die Berliner Abendblätter melden: Die Spartakisten räumen seit heute Morgen die Lichtenberger Stellungen. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feinden befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiterzuführen. Sie haben in den dortigen Vorräten Maschinengewehre und Handgranaten liegen lassen, zum Teil auch Gewehre, und versuchen jetzt in westlicher Richtung zu entkommen. Insofern ist es an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder Passant gründlich untersucht wird. Die Truppen rücken heute vormittag in dreier Front zwischen der Landsberger und Frankfurter Allee vor und werben im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig auf Waffen durchsuchen. Gegenwärtig stehen bereits mehrere Bataillone in Lichtenberg, die in den Vorkampfstunden noch Verstärkungen erhielten. In zahlreichen Häusern liegen Gewehre und Revolver, die von den Flüchtenden fortgeworfen worden sind. Es ist deshalb sehr schwer, Befehle zu machen, da die Kämpfer von gestern Lichtenberg verlassen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzuhalten.

Keine Einstellung der Operationen.

Berlin, 11. März. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichswehrminister das Ersuchen, die Aktion der Regierungstruppen einzustellen. In den angebotenen Bedingungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartakisten eintreten sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Stillestande während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen verlangt und auch sonst an den Wünschen beteiligt. Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Oberbürgermeister und der Bürgererschaft von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt

rik
17 10
n. U.
nieder
aufre Ge
n
37.
te!
weiß
1919

zugeweiht. Eine Einstellung der vor ihrer Beendigung stehenden Operationen könne jedoch gerade um der Beendigung willen nicht erfolgen. Die Sache müsse endgültig auch dieser Stellung der Spartakisten erledigt werden, damit die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg dauernd ihrer ständigen Beschäftigung nachgehen könne.

Aufhebung großer Spartakistenfestes.

Die Regierungstruppen haben am Dienstag in dem Hause Französischer Straße Nr. 20 in Berlin, in dem sich die gesamte Verwaltung der Volksmarine befindet, ein großes Spartakistenfest ausgesetzt und dabei 250 Spartakisten, darunter zahlreiche Angehörige der aufgelösten Volksmarineregimenten, verhaftet. Ein Teil der Festgenommenen war im Besitz von Waffen und machte von deren Gebrauch, um sich der Festnahme zu widersetzen. Den Regierungstruppen gelang es, den bewaffneten Widerstand sehr rasch zu brechen. 24 Mann, die mit der Waffe in der Hand ergriffen wurden, sind handrechtlich erschossen worden.

Montagabend wurde in der Brunnenstraße ein Spartakistenfest von Regierungstruppen ausgetrieben. Es befanden sich dort etwa 30 Personen, die durch ihren Führer, einen Russen, der im Dezember vorigen Jahres die preußische Staatsbürgerschaft erworben hatte, unterzusehen und bewaffnet worden waren. Neuer erhielt eine Jagdwaffe mit Munition. Die Gewehre wurden aneinandergerichtet, um unaufrichtig transportiert werden zu können. Zwei Spartakisten feuerten bei ihrer Festnahme mit Handwaffen auf die Soldaten und wurden erschossen.

Freitagmorgen wurde von Truppen der Vorhutbatterie-Schützenbataillon am Hauptbahnhof ein bewaffneter Spartakistenfestgenosse, in dessen Besitz für 800 000 M. gemauerte Wäpeln gefunden wurden. Er wurde sofort handrechtlich erschossen.

Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in Berlin.

Berlin, 12. März. Die Verhandlungen der Direktion der Groß-Berliner Straßenbahn mit ihren Angestellten haben gestern (11.) abends zu einer Einigung geführt, so daß der Verkehr heute früh wieder aufgenommen werden kann.

Die Opfer von Lichtenberg.

Dem Spartakistischen Nordwachen scheinen in Lichtenberg doch nicht so viel Feinde: eben zum Opfer gefallen zu sein, wie ursprünglich angenommen werden mußte. Dem Vorwärts wird von dem Kommandanten eines Bataillons der Deutschen Schutzdivision, der mit seiner Truppe in Lichtenberg eingerückt ist, folgendes geschrieben: Vor allen Dingen muß ich feststellen, was aus den Polizei- und Postbeamten geworden war, die von den Aufständischen am Sonntag beschlagnahmt worden sind. Ich konnte bisher feststellen, daß im Lichtenberger Postgebäude vier Soldaten und zwei Beamte ermordet worden sind. Die Kämpfe am Postamtgebäude haben sich in der Mittagspause abgeklärt, als die Mehrzahl der Beamten zum Gefängnis fortgeführt wurde. Nur so war es überhaupt möglich, daß die Spartakisten Herren des Gebäudes werden konnten. Gleichwohl wurde bezüglich der Ermordung aller Beamten nicht. Von den beschlagnahmten 20 oder 25 Beamten sind drei zurückgekehrt, die von den Spartakisten, allerdings unter strengen Mißhandlungen, entlassen und zurückgeschickt worden sind. Diese behaupten, daß die Wut des Gefindels sich hauptsächlich gegen die Kriminalbeamten richtete, während man die uniformierten Beamten zum Teil schon unterwegs laufen ließ. Die zurückgeschickten sind von den Kommunisten mit Gewehr- und Pistolen scharflich bearbeitet worden. Sie schildern übereinstimmend, daß die Frauen sich dabei am rohesten benahmen, sie anspitzten, schlugen und ihnen den Adler von den Hüften rissen.

1200 Spartakisten verhaftet.

Berlin, 11. März. Nach einer Meldung des Nachtrags-Abendblattes sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeliefert worden. Die meisten von ihnen sind wieder jugendliche und unreife Menschen, die sich jetzt als harmlose Passanten hinziehen und unabsichtlich in die ganze Geschichte hineingeraten sein wollen.

Kulturkampf.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Eine erregte und nervöse Stimmung brütete am Dienstag über der Nationalversammlung, die sich mit der konterbaldigen Interpellation zur Frage des Religionsunterrichts zu befassen hatte. In der Tat war die plätschende Art des geifernden Herrn Mumm, dem die Begründung oblag, ganz dazu geeignet, den vornehmsten Unschicklichkeit in die Aussprache zu tragen; denn Mumm hat zwar des berühmten Redners Adolf Stöcker Lohrer geahndelt, aber seine Feindschaft nicht geerbt. Zumal das lächerliche Sachverhalte und seine Rufe sind diesem Herrn Rastor von Herzen zuwider — ein Faden, den übrigens Mumm's Fraktionsgenosse, Oberpfarrer Dr. Köhlig, unser Dresdner Mitbürger, hernach weiter spann.

Ueberhaupt kam die liebe Kultur, deren Namen in der Debatte unaufhörlich mißbraucht wurde, zu kurz — und dieses in der Stadt Goethes, des großen Heiden! Das verhängnisvolle Genossen Hellmann, einem Hamburger Volksschullehrer, begreiflicherweise die Stimmung, so daß er in einer zwar guten, aber für diese Art Wegner viel zu vornehm gehaltenen Rede im Zeitraum einer Stunde bei weitem nicht alles zu geben vermochte, was er von den Zusammenhängen zwischen Volk, Staat, Kirche, Religion, Familie, Schule weiß und kennt, und zwar um so weniger, als der nervöse Zentrumspräsident Fehrenbach gerade den sozialistischen Redner vielfach unterbrach und ihm sogar infolge eines Hörfehlers einen Ordnungsruf erteilte, den er hernach zurücknehmen mußte. Frau Jürg, die heute ruhig, sachlich und geschickt sprach, läßt sich durch präzise und sonstige gegnerische Zwischenbemerkungen nicht beirren.

Der Minister Unberühmter Dr. Wausbach von der Christlichen Volkspartei glaubte Sachen auch einen Fußtritt

verleihen zu können. Und er entledigte sich dieser wichtigen Aufgabe, indem er die „unheilswangere Luft“ unseres Landes befreit, im übrigen jedoch erwieh sich wie gewöhnlich der Katholische als weniger fanatisch wie Mumm, der Evangelische. Ging jener doch so weit, die Möglichkeit anzudeuten, daß man früher oder später einmal über das hinaus, was uns heute trennt, zum Einigenden gelangen werde! Viel geschickter wußte es der demokratische Nürnberger Stadtdirektor Weiß auch nicht zu sagen, wie denn auch die sogenannten Fortschrittler durch ihre Zwickelruse und durch ihr sonstiges Verhalten aufs deutlichste bewiesen, daß sie — von geringen Ausnahmen abgesehen — in dieser Kulturfrage Arm in Arm mit Mumm, Wausbach und Köhlig marschieren.

Am nächsten machte es die Regierung. Sie gab die Erklärung ab, daß eine Unabhängigkeit des Reiches für Schulangelegenheiten noch nicht gegeben ist und erst vorhanden sein wird, falls eine entsprechende Bestimmung in der Verfassung aufgenommen sein sollte. Daher bleiben bis auf weiteres die Gliedstaaten in Unterrichtsfragen unabhängig vom Reich und selbständig, also auch das viel gelästerte Sachsen.

Generalfest-Nachklänge.

Die Unabhängigen haben die sächsische Regierung interpelliert, ob ihr bekannt sei, daß die sächsische Eisenbahndirektion in der vergangenen Woche Anweisung gegeben hat, die Eisenbahnen der sächsischen Staatsbahnen in der Nähe von Witten aufzugeben, damit während des Generalfestes in Leipzig die Zufuhr von Milch für die Säuglinge und in besonderem die Zufuhr von Milch für die Säuglinge nach Leipzig unterbunden wird. Dazu wird von unabhängiger Stelle mitgeteilt, daß die Leipziger Spartakisten die Eisenbahn für ihre Zwecke nutzbar zu machen versuchten, indem sie von Leipzig teilweise abließen, auf den Stationen die Beamten unter schwerer Bedrohung zum Anhalten an den Streik zu bewegen suchten und die Herausgabe der dort lagernden Lebensmittel forderten. Als ihre Forderungen in Witten an dem Wäpeln des Oberbahninspektors scheiterten, verließen sie zunächst den Ort wieder, stützten jedoch ihre Rückkehr für den nächsten Tag an. Daraufhin sei Anweisung gegeben worden, die Rückkehr der Spartakisten durch die Beibehaltung der Stellwerke und durch steterweise Entfernung der Schienen zu verhindern. — Weiter wird mitgeteilt, daß die Interpellanten gegen die gleichen Maßnahmen der Spartakisten und Unabhängigen in der Gegend von Halle und vor den Toren Dresdens kein Wort der Ablehnung gefunden haben. In der Interpellation selbst wird die Frage zu stellen sein: Ist nicht der ganze Generalfest mit seiner Stilllegung der Erzeugung wichtiger Lebensbedürfnisse und des gesamten Verkehrs einschließlich der Bewirtschaftung der Nahrungsmittel eine schwere Gefährdung der Volksernährung und der Säuglinge und des Schutzes der Bevölkerung gegen den Hunger gewesen?

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Leipzig hat eine Erklärung zum Generalfest veröffentlicht, in der dieser nachdrücklich aufs schärfste verurteilt wird, weil durch ihn die Rot des Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, künstlich in unmenschenlicher Weise gefährdet worden sei.

Verschiedene Zeitungen berichteten, Minister Schwarz habe bei den Verhandlungen am 8. d. M. zur Verlegung des Generalfestes in Leipzig zugestimmt, doch in Sachen der Verlegung von Freiwilligenkorps nicht gebüdet werden solle. Auf Grundlegung an unabhängiger Stelle wird erklärt, daß daran kein Zweifel ist. Ueber der Wirtschaftskammer nach irgendein anderer Minister hat eine beratende Regierung gefaßt. Ganz im Gegenteil liegt es im Interesse des sächsischen Staates, daß die Aufstellung der in der Bildung begriffenen freiwilligen Grenzschutzabteilungen so rasch wie möglich durchgeführt wird, und zwar in ausreichender Stärke. Nicht gebüdet werden kann dagegen in Sachen der Aufstellung anderer als der auf Veranlassung der Landesregierung selbst gebildeten Verbände. Sie würden der Feind nur wertvolle Präzedenz entziehen.

Dienstag früh sind sämtliche Bergarbeiter im Kohlengebiet Ost-Sachsen in den Streik getreten. Im ganzen 14 000 Mann, um auf die Bergbauarbeiten, die zur Zeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz in Wittenau stattfinden, einen Druck auszuüben.

Da in Götting die von der Regierung entsandten Truppen ihre militärische Aufgabe durchgeführt haben, ist mit deren Abtransport am 11. März begonnen worden. In Götting ist ein großer Teil Waffen von der Bevölkerung abgehoben worden. Die Umkleidung der Detachementstruppen macht gute Fortschritte. Der Streik ist beendet.

Streikbeendigung in Bochum.

Bochum, 11. März. Der Streik auf der Gewerkschaft Rothringen ist beendet. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen. Ueber aber von den Arbeitern und Beamten noch keiner Organisation des getreten ist, soll von der Weiterarbeit ausgeschlossen werden. Die Leitung des technischen Betriebs wurde dem Betriebsinspektor Schulze und die des kaufmännischen Betriebs dem Prokuristen Heilmann übergeben, womit man gewissermaßen die Beziehungen zwischen der Betriebsleitung abgeschlossen hat.

Der Stand des Streiks in Obersachsen.

Ratibitz, 11. März. In Obersachsen befinden sich die Bergbauarbeiten von 30 Gruben und drei Hütten im Streik. Es handelt sich dabei um 20 000 Mann.

Hindenburg, 12. März. In Hindenburg tagte gestern abend eine parteifreie Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der oberbergschen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth aus Berlin ermahnte die Anwesenden, den Streik abzugeben, da der Generalfest für Mitteldeutschland und in Berlin beendet und in Obersachsen als ausschließlich zu betrachten sei. Es wurde, wie der Obersächsische Bänderer berichtet, beschlossen, am Donnerstag oder Freitag früh geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Generalfest in der Holzindustrie.

Berlin, 11. März. Der Zentralverband der Holz- und Holzwarenindustrie, in dem sämtliche Angestellte dieser Industrie gewerkschaftlich zusammengeschlossen sind, hat gestern abend den Generalfest für die gesamte Holzindustrie erklärt.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Dem vorläufigen Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues entnehmen wir: Der Bericht geht von der Erwägung aus, daß über die technische Bedeutung der Kohle für die Volkswirtschaft hinaus der deutsche Kohlenbergbau durch seine Organisation zu einem Monopol gebracht worden ist. Dieses Monopol muß auf alle Fälle gebrochen werden. Die nächstliegende Form der Sozialisierung an die in der Öffentlichkeit auch fast ausschließlich gerichtet wird, ist die Ueberführung in den Staatsbetrieb, zumal ja der Staat bereits über einen großen Bergwertbesitz verfügt. Die Kommission hat jedoch diese Lösung einstimmig verworfen und andre Wege der Sozialisierung eingeschlagen für nötig gehalten. In Bezug auf den Grad der Sozialisierung und die Art der zu schaffenden Organisation wurde Uebereinstimmung in der Kommission nicht erzielt, so daß die Mehrheit und die Minderheit ihre jeweilige Auffassung über diesen Punkt getrennt niedergelegt haben, wobei die Mehrheit sich aus den Herren Volld, Cuno, Hildebrand, Reber, Schampeter, Umbreit und Wilschandt, die Minderheit aus den Herren Brande und Vogelstein zusammensetzte, während die Herren Bus und Kauffmann an den entscheidenden Beratungen nicht teilnehmen konnten.

Die Minderheit glaubt, daß die Rückkehr zur kapitalistischen Produktionsweise, welche in technischer und organisatorischer Hinsicht für den Wäpeln der Volkswirtschaft unmissbar notwendig sind, welche in technischer und organisatorischer Hinsicht unumgänglich ist; die Stimmung der Arbeiterschaft ist

eine solche, daß niemand daran denken kann, sie zur Rückkehr in das Reich des Kapitalismus zu veranlassen. Auch eine solche sich bietende Möglichkeit, nämlich eine zwangsweise Kartellierung der Volkswirtschaft unter weitgehender Kontrolle und Verwaltung des Staates, kommt bei dem Stande der politischen und psychologischen Entwicklung nicht mehr in Frage. So bleibt als einzige Lösung eine freie Sozialisierung übrig, bei deren Einrichtung auf die Erhaltung und Lösung der Produktivität in erster Reihe Bedacht genommen werden mußte. In diesem Sinne bezieht die Mehrheit der Kommission in Vorschlag, den gesamten deutschen Kohlenbergbau zu einem leistungsfähigen Wirtschaftskörper (Deutsche Kohlenwerke) umzuformen, zu dessen Gruppen sämtliche bisher gen Betriebe, die privaten wie die öffentlichen, einzeln werden sollen. Maßgebend für die Organisation des Wirtschaftskörpers seien zwei Gesichtspunkte: einmal die Errichtung der Betriebe in demokratischer Form, d. h. der Errichtung einer Reihe von Wirtschaftskörpern, die sich durch die Errichtung der Wirtschaftskörper mit möglichst großer Wirtschaftlichkeit auszeichnen werden. Das oberste Organ der Deutschen Kohlenwerke sei der Kohlenrat, der sich aus je 25 Vertretern der Arbeiterschaft, der Betriebsleiter, der Konsumanten (Industrie, Handel, etc.), der Konsumentenorganisationen usw. und schließlich des Reichsausschusses zusammensetzt.

Die Organe sollen bei einem künftigen Kohlenratorkonferenz sein, das vom Kohlenrat, jedoch nicht notwendig aus seiner Mitte

gewählt wird. Der Präsident des Kohlenratorkonferenz wird als solcher gewählt und bedarf der Bestätigung durch den Reichsausschuss.

Der Kohlenrat erteilt nach den Vorschlägen des Direktors aus 20 bis 25 in sich abgerundete Bezirke mit je einem vom Reichsausschuss zu benennenden Generaldirektor an der Spitze. Die Direktoren erteilen Befehle sollen ebenfalls vom Kohlenratorkonferenz ernannt werden.

In der vorgeschlagenen Organisation ist für eine Ausdehnung des privaten Kapitals kein Raum, wie ja übrigens schon der heutige Stand der privatrechtlichen Entwicklung zeigt. Die Produktion und Vertriebsleistung soll ausnahmslos in den Händen des Staatskapitals emigriert werden, ebenso, wie bereits erwähnt, der Staat. Da die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als ein solches ein mögliches Ziel ist, so muß die bisherige Organisation schädlich nach dem Ertrage, und zwar im Durchschnitt der Jahre, möglichst eines industriellen Jaltus. Hierdurch würde aber der industriellen Einzelbetriebe nicht Rechnung getragen sein. Aus diesem Grunde empfiehlt sich auch die Heranziehung des gegenwärtigen Besitzes der Kohlenwerke, wobei wiederum ausschließlich im Interesse der sich fortsetzenden Selbstverwaltung zu stehen oder andererseits im Verhältnis zu der Unfähigkeit der Lage und der bevorstehenden Steuererhöhungen zu hoch erscheint.

Der Vorschlag der Kohle ist bekanntlich durch die großen Parteien schon weitgehend organisiert worden. Die Kommunistenmehrheit beantragt eine

radikale Sozialisierung auch des Handels.

durch Uebertragung auf die Deutsche Kohlenbergbau-Gesellschaft. Dabei soll es den Gemeinden als den Verteilungsstellen überlassen bleiben, ob sie die Zuführung an den Konsum selbständig oder durch Zwangslegung des Kleinhandels betreiben wollen.

Der Vorschlag der Minderheit der Kommission geht in der Sozialisierung weniger weit. Er bezieht das Privatkapital in seiner sozialwirtschaftlichen Funktion, durch die aber das Monopolverhältnis dadurch, daß er der

Wichtigkeit eines weitgehenden Einflusses auf die Kohlenwirtschaft einräumt

und alle Monopol- und Kartellverträge einzieht.

Träger aller gesellschaftlichen Befugnisse ist auch der Kohlenrat mit dem von einem Präsidenten geleiteten Kohlenratorkonferenz, dessen Konstitution bereits oben, bei der Darstellung des Wirtschaftskörpers, besprochen wurde. Der Kohlenrat soll die Kohlenwirtschaft durch eine allgemeine, notwendige, ungeschwächte „Kohlenvereinigung“ der heute im „Bergbau“ gelegenen Betriebe einziehen; er ist der geeignete Träger für den Staatsbetrieb. Der Handel soll nicht vollständig abgeschafft, sondern nur Rücktritt auf den Export.

Ueber die

Sozialisierung des Arbeitsverhältnisses.

und der Entlohnung ist die Kommission zu einem einheitlichen Entschluß gelangt. Die Arbeiter werden nach ihrem Entlohnungsgrad zur Feststellung der Arbeitsordnung, der Sicherheitsbestimmungen, der Arbeitszeiten, der technischen Leitung und der Beamten, die nicht von den Arbeitern gestellt werden, so es nicht angeht, nur den zuständigen Arbeitern, die unter einem bestimmten Gesichtspunkt in Betracht kommen, einen so weitgehenden Einfluß auf Angelegenheiten einzuräumen, von denen das Wohl und Wehe der Allgemeinheit in hohem Grade abhängt. Die Demokratie in der Wirtschaft ergibt sich in dieser Hinsicht als ein notwendiges Ergebnis der Vorkämpfe vom 19. Januar, welche von allen Beteiligten geteilt worden sind. In den einzelnen Steigerbetrieben sollen die Steigerbetriebe eine Reihe von Maßnahmen aus ihrer Mitte den Arbeitern, in welchen auch die kaufmännischen und technischen Angestellten Vertreter ernennen. Dieser erhält auf Verlangen Einblick in alle betrieblichen Vorgänge. Die Interessen eines Bezirkes sollen nicht notwendig aus ihrer Mitte, den Regionalrat, der die Wünsche der Kohlenratorkonferenz hat. Auch ihm gehören Vertreter der in der Region bestehenden Betriebe an. Aus den Wahlen der Regionalräte, das nicht notwendig aus ihrer Mitte, gehen die 25 Vertreter der Arbeiterschaft im Kohlenrat hervor.

Die Entlohnung erfolgt möglichst nach der individuellen Leistung, wobei Uebereinstimmung und Präzision der Leistungen vorausgesetzt sind. Bei der Entlohnung der Angestellten werden die Prämien eine große Rolle spielen können, und speziell bei den Direktoren und Generaldirektoren sollen die Leistungen die Basis für die Prämien bilden.

Deutsches Reich.

Belegung Mannheims und Karlsruhe? Der französische Militärkommandeur forderte außer der Wiederholung der Ruhrkäufe auf dem Mannheimer Schloß die Wäpeln der Mannheimer Zivilpersonen und die Auflösung der Soldatenräte. Falls die Forderungen nicht erfüllt werden, sind weitere Maßnahmen der französischen Militärbehörden zu erwarten, wobei, wie die Zentralpresse schreibt, die Belegung der Städte Mannheim und Karlsruhe durch schwarze Franzosen keinesfalls außer dem Bereich der Möglichkeit liegt.

Wahlen in Walde. Bei den Wahlen zum Landtag wurde gewählt im Wahlkreis Walde 5 Sozialdemokraten, 5 Demokratische, 5 Demokratische, 3 Waldbische Volkskämpfer und ein Sozialpartei. Im Wahlkreis Wymont 2 Sozialdemokraten, ein Demokrat und ein Demokrat.

Sozialdemokratische Mehrheit. Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zum Reichstag am Freitag sind veranschaulicht gewählt: 18 Reichsdemokraten, 2 Unabhängige, 3 Demokraten, 8 Nationalistische, 3 Bauernkämpfer.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Pionierin der Arbeiterinnenorganisation. Genossin Paula Kiebs, die langjährige Vorsitzende des Deutscher Arbeiterinnenverbandes und neben Emma Jäger die erste Pionierin für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in Deutschland, ist im Alter von 49 Jahren in Berlin gestorben. Sie hat mit bewundernswürdiger Ausdauer und Energie das schwierige Werk vollbracht, die Organisation einer Gruppe ungleicher Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei ihrer Gründung 1297 Mitglieder zählte und außer in Berlin und Hamburg auch an einem anderen Orte Fuß gefaßt hatte, so zu setzen, daß bei Kriegsausbruch 1917 Mitglieder (8488 weibliche) vorhanden waren und für das Bundesrat-Präsidium seit 1906 zentrale tarifliche Abmachungen geltend haben.

Aus aller Welt.

Fliegerunglück.

Wesern vormittag stürzte in der Nähe des Flugplatzes Wesern ein bei Weimar ein vom Flugplatz Döberitz aufgestiegenes Flugzeug ab. Die Insassen, der Führerleutnant Jakob sowie der Passagier Leutnant Lindner aus Hannover, der zur Nationalversammlung fahren wollte, waren sofort tot. Als Ursache des Absturzes wird eine Explosion angenommen.

Eine Waffenschatz.

Milheim a. d. R., 11. März. Eine wahnsinnige Tat beging heute nachmittag die Kohlenarbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte der Deutsch-Luxemburger Bergwerks-Gesellschaft, indem sie infolge von Differenzen bei der Lohnauszahlung sämtliche Kohlen anbliesen. Dieses Vorgehen, das von Werks ein Vermögen kostet, wurde von der revolutionären Arbeiterkraft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnen jede Verantwortung ab.

Religionsdebatte in der Nationalversammlung.

26. Sitzung

Dienstag den 11. März 1919, vormittags 10 Uhr.

Am 11. März: Bischof, Robert Schmidt, Sell.

Engagement ist eine Vertiefung des persönlichen Bekenntnisses, wozu die Beerdigung des in Halle gestrigen Oberstaatssekretärs am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, stattfand.

Präsident Treubach: Oberstaatssekretär Küber war beauftragt, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung zu beschreiben. Er hat das in ausführlicher Weise getan und am 10. März zu lesen. Er hat das in ausführlicher Weise getan und am 10. März zu lesen.

Seine Rede (das Haus erhebt sich) ist auch erfolgt in der Sitzung der Nationalversammlung. Er ist in beständiger Weise hingeworfen worden. (Sehr wahr!) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit herzlichem Gruß und herzlichem Teilnahmewort den Angehörigen der Familie, die die Angelegenheiten in Berlin unter unsern tapferen Soldaten übernahm. Sie sind gefallen oder zum Teil auch hingerichtet worden. Sie sind gefallen oder zum Teil auch hingerichtet worden.

An der Religionsdebatte des erkrankten Oberstaatssekretärs Küber, bestehend aus dem Abgeordneten Küber, dem Schriftführer Dr. Weiser und dem Abg. Grafen zu Dohna wird sich noch heute die Nationalversammlung betreten. Abgeordneter Küber wird im Namen der Nationalversammlung einen Antrag zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Das Haus erklärt sich damit einverstanden.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Anträge.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die unangelegte Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

Abg. Küber (Soz.) beantragt die Entlassung der Reichsminister auf dem Wege.

feindlich gegenüberstehen. Im Kriege hat sie das Blut vergossen als gottgewollt verteidigt und war mit dem aufeinandergebrochenen Staat so eng verknüpft, daß sie sich mit ihm löspromittiert hat. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.)

Präsident Treubach: Das sind theologische Vorlesungen. Wenn die zulässig sein sollen, kommen wir überhaupt nicht zum Ende. (Sturze bei den Soz.: Warum hat er angefangen?)

Abg. Sellmann: Wir geben diese Vorlesung zu, daß die theologischen Eingriffe in den Religionsunterricht taktlos unklar und vielfach auch taktlos waren. (Hört, hört! im Zentr.)

Sie waren auch kurzweilig und unbedeutend, weil sie der deutschen Nationalversammlung und den evangelischen Nationalversammlungen vorgreifen. Aber mit aller Entschiedenheit wenden wir uns dagegen, daß religiöse Fragen zum Mittel des politischen Kampfes, sogar des Wahlkampfes herabgewürdigt werden sind. Manche Parteien haben direkt davon gelebt. (Sehr richtig! links.) Diese theologischen Eingriffe, die wir mißbilligen, entspringen letzten Endes der jenseitigen und schweren Gewissensnot.

viele deutscher Lehrer, vieler Elternkreise und ungezählter älterer Schüler und Schülerinnen, die in aller Stille, aber durchaus nicht schmerzlos Jahrzehnte hindurch ertragen worden ist und nun plötzlich wieder ins Bewußtsein kam. Die unbedeutende Haltung der bisherigen evangelischen Kultusminister hat diese gewaltige Erregung seitlich mißhandelter Menschen auf dem Gewissen. (Sehr richtig! links.) Es kann doch nicht bezweifelt werden, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrerschaft nicht mehr auf dem biblischen Standpunkt steht und daß eine wachsende Zahl deutscher Familien in dem Christentum nur noch eine Gewohnheitssache sieht. (Unruhe rechts und im Zentr.)

Daher das Streben der Lehrerschaft nach einer Reform des Religionsunterrichts und daher jetzt der beständige Kampf der Kirche, denn es geht für die beständige Kirche um ihr Dasein. (Sturm rechts und im Zentr.) Wir verlangen im Interesse der völligen Gewissensfreiheit die Befreiung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. Die gesamte hundertjährige Lehrerschaft hat sich für die Befreiung der Schule ausgesprochen. Dieser rein akademisch gebundene Beschluß ist dem vom Reichsrat sofort in die Praxis überführt worden. Wir verlangen die Befreiung der Schule im Interesse der Religion, denn Religion kann nicht, aber nicht gelehrt und erlernt werden. Wir verlangen die Befreiung der Schule im Interesse der Kinder. Es soll nicht hinter der Schöpfungsgeschichte und der Legende von Bethlehem, die auch weiterhin gelehrt werden sollen, nicht immer der Streit stehen, daß die Kinder das glauben müssen.

Abg. Dr. Kämpf (Zentr.): Der Sturm der gläubigen Kreise hat Adolf Hoffmann gestiftet. Die tiefste Angst zwischen uns und dem Vordemokratismus ist eine fruchtbarste Auseinandersetzung unzulässig. Wir sind für das christliche Erziehungsideal, aber für Gewissensfreiheit und für die Wahrung der Rechte der Eltern und der Kinder. Wir wünschen einen Ausbau der Grundrechte des Volkes in der Reichsverfassung. Dazu gehört auch die Freiheit des religiösen Lebens.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 15 Minuten werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben und sind durchaus nicht mit dem Erfolg des früheren Ausschusses zufrieden.

Die Verhandlungen werden bis nachmittags 3 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags-Sitzung.

ministers Hoffmann einverstanden gewesen, monoch vom 1. April an der Kirche keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Die theologischen Fakultäten sind an den Universitäten nicht zu unterstützen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Eltern nicht gezwungen werden dürfen, gegen ihr Gewissen ihre Kinder einem Unterricht zuzuführen, bei dem sie Gewissenszwang und Gewissensbedrückungen empfinden. Auch Prüfküste, die innerlich nicht in dem Verhältnis zu unserer Kirche stehen, wie es zur Unterrichtsleistung notwendig ist, dürfen nicht gezwungen werden, diesen Unterricht zu erteilen.

Abg. Dr. Weiser (Deutschnat. Volksp.): Die Einsetzung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Das ist das sozialistische Kulturverständnis. In den Kulturfragen ist Adolf Hoffmann dem sächsischen Kultusminister und wohl um eine Maßnahme daran. Aber beide stehen zusammen, wie Goethe und Schiller stehen vor dem Nationaltheater. Adolf Hoffmann ist gezwungen, aber auch geliebt. Nach der Regierungserklärung wird man in Sachen wissen, daß man ungefragt so weiterarbeiten kann. Der Ruf will in der Schule die materialistische Geschichtsauffassung einführen, er will den christlichen Geist aus der Schule hinauswerfen. In Frankreich ist die Trennung von Kirche und Schule ein Verbrechen für Volk und Land geworden. Diese Sache hier hat Evangelische und Katholiken zusammenschlossen, und ganze Städte von Eingaben sind an die Kultusministerien gekommen.

Man soll den Religionsunterricht auch nicht den höchsten Gesellschaften und nicht dem Dasein nehmen. Das Recht auf Gründung von Privatschulen können Sie uns im Sinne der Freiheit nicht abschneiden. Können nicht das Religiöse ein Boden sein, auf dem wir uns zusammenfinden? Nach dem, wie der Vertreter des Zentrums und der Vertreter der Demokratischen Partei geteilt haben, sollte man es annehmen können.

Ministerpräsident Scheidemann:

Es ist mehrfach die Vermutung ausgesprochen worden, die Regierung nehme nicht das nötige Interesse an diesen Verhandlungen. Das ist ein Irrtum. Die Regierung hatte alle Einrichtungen darauf getroffen, heute die Sozialisationsdebatte fortzusetzen. Das war eine Frage, die uns — das sage ich bei aller Interesse für diese Kulturfragen — jetzt noch dringlicher erschien. Da der Herr Minister Sell den Beschluß, den wir im Ministerium gefaßt haben, hier vorgetragen hat, werden Sie erfahren, daß wir nicht im geringsten daran gedacht haben, hier Obstruktion zu machen. Angenehm ist unsre Lage bei dieser Debatte nicht. Einmal wird dagegen opponiert, daß die Schulfragen Reichsweite werden sollen, und dann wiederum wird gefragt, wie wir uns zu dem stellen, was in den Einzelstaaten geschieht. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß alle diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung. Aber wenn Sie uns in die Verhandlung hinein diese Debatte geben wollen, dann wird der Ausgang dieser Debatte ein ganz anderer sein, als die Herren Interpellanten sich vorgestellt haben.

Abg. Frau Sieg (Unabh. Soz.): Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche und eine Arbeitsschule sein und die die Kinder dazu erziehen soll, ihren Rittenmenschen hilfreich zur Seite zu stehen. Unsere Forderungen sind: Trennung von Kirche und Staat, Befreiung der Schule und Einheitschule, in der durch den Unterricht das soziale Empfinden gefördert und gefestigt wird. Damit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. Zweite Lesung des Sozialisationsgesetzes und des Gesetzes über Regelung der Sozialversicherung. Beginn 5 1/2 Uhr.

Neugestaltung der Gemeindeverwaltung. Sächsische Volkstammer.

10. Sitzung. Dresden, 11. März.

Zur Verhandlung haben

1. Antrag Krät und Gen. (Soz.) auf Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen auf demokratischer Grundlage.

2. Antrag Krät und Gen. (Soz.) auf Neuorganisation der Gemeindevertretungen in Bezug auf die Gemeindeverbände und -leitungen sowie deren Wahl, und die Zusammenlegung der Kreisstellen und die Wahl ihrer Mitglieder im Sinne der Sicherstellung der demokratischen Verwaltung.

3. Antrag Krät und Gen. (Unabh.) auf Vorlegung eines Gesetzes, das die Neuorganisation der Gemeinden entsprechend den durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen einführt und alle dem entgegenstehenden Bestimmungen der alten Städte- und Gemeindeordnungen aufhebt.

Abg. Eberth (Soz.) begründet den Antrag 1 und betont dabei, daß die Amtsblätter keine Verechtigung mehr haben und deshalb verschwinden müssen. Die Amtsblattredakteure seien oft in schwere Gewissenskonflikte geraten, weil sie ihr Amt wider ihre eigene Überzeugung leisten müßten. Die Arbeitervereinigungen haben, bis diese eine demokratische Umgestaltung erfahren hätten.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede Abfassung der Wähler, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören; mit dem Wahlrecht der Regierung einleiten, müsse aufhören.

Abg. Wille (Soz.) bemerkt bei Begründung des Antrages 2, die Regierung solle erwägen, ob es sich nicht empfehlen, eine einheitliche Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Das Bürgerrecht sei veraltet. Eine Frage der nächsten Zeit müsse auch die Umgestaltung des Armenrechts sein. Wer schuldlos in Not absteige und wer mit seinen Steuerleistungen im Rückstand bleibe, solle nicht seiner politischen Rechte verlustig gehen. Die Zeitung der Wähler in Anlaufschwierigkeiten, überhaupt jede

Achtung!
Arbeiter, Arbeiterinnen d. Waischanstalten
 Freitag den 14. März, nachmittags 5 Uhr, sofort nach
 Arbeitschluss, im Volkshaus, Schützenplatz 20, Saal I
Oeffentl. Versammlung

aller in den Waischanstalten beschäftigten Färber, Wäscher,
 Defaceure, Schneider, Wägler, Schneiderinnen,
 Wäscherinnen usw.
 Tagesordnung:
 1. Die eingereichten Forderungen und Bericht über die
 Verhandlungen mit den Unternehmern.
 Referent: Verhandlungsleiter Max Winkler.
 2. Beschlußfassung über das Verhandlungsergebnis und
 die Durchführung der endgültigen Vereinbarungen.
 Referent: Verhandlungsleiter Oscar Thierfelder.
 Kollegen und Kolleginnen! Diese Versammlung muß eine Massenkundgebung werden, um
 den Unternehmern zu zeigen, daß es sich nicht um die Durchföhrung einer Forderung handelt,
 sondern um die Durchföhrung der Waischanstaltenfrage in dieser Versammlung (siehe!)
 Deutscher Legilarbeiter-Verband, Verband der Schneider, Schneiderinnen
 und Wäscherarbeiter.
 Geschäftsstelle: Nischenbergstraße 6, 2. Geschäftsstelle: Schützenplatz 20, 2.

4. Kreis, Dresden-N., Bez. 1-6

Freitag den 14. März, abends 8 Uhr
Gruppen-Versammlungen
 in den bekannten Lokalen. Wichtige Sitzung. D. V.
 1. Bezirk: Gumpertplatz (Schiller Garten, Schiller Str. 20)

Bez. Kößchenbroda

Freitag den 14. März, abends 8 Uhr
 im Goldenen Anker, Kößchenbroda

Mitglieder-Versammlung.

Um offizielles Erscheinen ersucht die Bezirksleitung.

Soz. Verein für 6. Kreis

Bezirk Briesnig-Leutewitz.
 Freitag den 14. März, abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in Gremmendorfs Gasthof in Leutewitz.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. Referent:
 Referent: Herrmann Göttsche, Dresden. 2. Neuwahl der
 Verwaltung und Vereinsangelegenheiten.
 Schlußwort: Herrmann Göttsche, Dresden. Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Dresden.
 Donnerstag den 13. März, nachm. 5 Uhr
 im Volkshaus, Nischenbergstraße 2

Bau- und Möbelschler-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Briefe und Besprechungen zum Abschluß des Vertrages.
 2. Die Entscheidung des Kartellrats.
 3. Neuwahl der Schlichtungskommission.

Reichsbund d. Kriegsbekämpften

Freitag den 14. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus

Fortsetzung der Generalversammlung.

Bez. Neustadt: Donnerstag 13. März, 7 Uhr abends, im Neust.
 Bez. Lößau: im Bürgergarten.

Konditorenverein Eintracht

Freitag den 14. März, abends 8 Uhr
 im Kristall-Palast, Schillerstraße

Grosser Familienabend mit Ball

Donnerstag den 13. März 1919.
 Auf nach dem Lindengarten in Rähnitz zum großen
 Tanzabend mit Ketteln des 1. Feld-Reg. 12. März abends.
 Remerden des Regiments sowie ihre Kameraden, Sänger und
 Tänzer des Regiments werden herzlich eingeladen. Geladene
 haben junge Damen bis 10 Uhr abends Zutritt. (10 463)
 Einlaß 8 Uhr. Eintritt frei. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Der Regimentsmusikdirektor.

Prüfungskonzert

Donnerstag, 13. März, abends 7 Uhr, Volkshaus
 Eintrittskarten im Konservatorium, Landhausstraße 11, 2.
 Naumburger Straße 22, 1. Nicolaistraße 22, 1. Wardenstraße 22, 1.

MUSENHALLE

Donn. Lößau, Riesaerstr. 11. Strahlenbühnen 1, 13, 22
 Täglich abends 7 1/2 Uhr: Die große Einakter-Woche!
 Armut im Glanz. Hochmutssturz! Der Stellvertreter.
 Nebenbild. Volkstanz mit Gefangenen. Original-Volke.
 Außerdem der neue, vorzügliche Solotitel! (10 178)

Erstklassiges Ballfest.

Anfang 8 Uhr. - Nach Schluß Tanzgesellschaft bis 11
 Markt. - Ende 11 1/2. (10 180) Stammplatz 6, 6.

Nur noch 4 Tage!

Liebesreigen

Großes in 3 Akten von Hermann Wagner
 Musik von Dr. Ralph Benatzky
 mit Hermann Wagner als Opernregisseur.
 Ververkauf: P. Risa, Seestr. 21, Residenz-Kaufhaus,
 O. Reinecke (Ad. Brauer), Hauptstraße 2.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr. (10 422)

Tivoli-Palast, großer Saal

Drei-Kaiser-Hof.

Mittwoch den 13. März:
 ff. Damen-Ball
 nach 6 1/2 Uhr. Eintrittskarten im Volkshaus. 6, 6. (10 180)

Bez. Pieschen

Freitag (14.3)
Sitzung.

Blumensäle.

Rinder-Ernst



und das genügt! (1138)
 Donnerstag und Sonntag:
Feiner Ball.

Lourens! Kassan! Phänomen. Beleuchtung,
 kein Karbid.

Ballhaus eröffnet!

Ballhaus Reichshallen

Volldrohle 13. März. Wieder
 wieder eröffnet!
 Gewerbeverein, Vereine usw.
 meine Säle 3. Reichshallen (siehe
 für. Vermeidung, um. Gewerbe
 Vermeidung. (10 228) W. Kubelsh.

Badewannen

Bad-Defen

alle Arten und Größen
Waschbretter
 mit reiner harter Holztafel
 nur 4.75 M.

Otto Graichen

Trumpeterstr. 15
 Zentral-Theater-Passage
 geöffnet bis abends 8 Uhr.

Per sofort

Wohnung mit großer Kiech-
 luge u. feinem Bodenparkett
 sowie Stallbesetzung gesucht.
Marschall
 Kronprinzstr. 10. (10 478)

**Sommer-
Hüte**

zum Umziehen
 auf neueste
 man kommt
 jetzt entgegen

H. Hensel

Zinzendorfstr. 51

**Großer Posten Markt-
und Verlängerungs-
tafeln zum Auslegen, steht
nur 3 Mark. (10 463)**

Ranke, Freiburger Str. 123.

**Krawatten
weich, Krage
lein, Taschentücher
Handschuhe**

Kamerhuts

Prager Straße 31
 Herrenartikel

Mod. Halsrüschen

an Fabrikspreisen von 20 Stk. bis
 150 Stk. per Stk. 1.20 bis 2.00
 febers und alle Sorten Halbe
 gibt es an Victoriastraße 11, 11
 Straßenschilder, Friedländer 2.

Dresdner Volkshaus-Theater
 Nischenbergstr. 2, am Schützenplatz. - Dir.: R. Reichstein.
 Samstag den 13. März
Außerordentliche Vorstellung
Der Pfarrer von Kirchfeld
 (71) Volkstümlich von Ludwig Anzengruber.
 Anfang 7 Uhr. Eintritt mit Steuer 30 St.
 Eintrittskarten sind schon jetzt am Büfett zu haben.

Lichtenhainer Bierpalast
 Neumarkt, an der Frauenkirche 20.
Tägl. Künstler-Konzert.
 Anfang 5 1/2 Uhr. (1135) Sonntag 4 Uhr.

Kaffee Kasino, Seestrasse
 Nachm. Salon- u. Opernmusik, abds. feineres Programm
 Kasino-Kapelle - Leitung: Konzertmeister Ernst Root
 im beliebten Wein-Salon "Trianon"
 Zeitgemäße Musikverträge. (S 190)

Münchener Löwen-Bräu
 Moritzstraße 1 Landhausstraße
 Gewandhaus
 EMNICHEN
 Erstklassiges Familienlokal mit anerkannt guter Küche
Täglich v. 6-11 Uhr Künstlerkonzert
 Salonorchester Max Scholz. (1182)

Fern Andras Todessprung
 Um Krone u. Peitsche
 Vaterland-Lichtspiele
 Freiburger Platz 20. (1179)
 Nur heute und morgen:
 Täglich 4 Uhr
Grüne Wiese, Gruna
 Rinie 12
 Jeden Sonntag von 3 Uhr an und Donnerstag von 8 Uhr an
Schneidigste Ballmusik
 Treffpunkt Dresdens vornehmer Tanzwelt.
Elysium Räcknitz Rinie 6
 Am 13. März der beliebte
Donnerstag-Ball.
 Große Karibische Kunststücke.
 Eintritt: Damen 1,50 Stk., Herren 2 Stk. (1139) Tanz frei.

Fata Morgana Lichtspiele
 Breite Straße 3. Fernruf-Nr. 23671.
 Vom 11. an täglich 3 Uhr bringen wir den großen
**Sensationsfilm -
Alraune I**
 Phantastisches Schauspiel in sechs Akten.
 Das Vorpiel des Films Alraune klärt uns über die
 mythische Entstehungsgeschichte der Alraunen-
 wurzel auf, und den norischen Helden des alten
 Zauberspiels lassen wir die Worte:
 „so eyner ward unschuldig gehandelt, so wuchet
 uns seynem Todesschwyr die Zauberswurz Alraune.“
Vorzügliche Künstlerkapelle.

SARRASANI
 Allabendlich 7 Uhr
 Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 3 Uhr
 der große Märzspielplan
 u. a. m.
 das große Revolutionschauspiel
Eine Königin ohne Krone
Marino, der Mann mit Eisenschuppen
 Vorverkauf an der Circuskasse und im Hiesig
Trocadero: Fideler Tanzband.

Schweizerhäuschen
 Schweizer Straße 1, nahe Schwaniger Straße, im
 alten Wirtshaus
Grosse Ball-Musik.
 von 6 Uhr an

Palmengarten
 Strahlenbühnen 1, 2, 3, 22
 Donnerstag-Lanz:
Goldne Krone, Strehlen.
 Jeden Donnerstag Feiner Ball. (104)
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 40 St. u. Gehälter.

Kaiser Barbarossa
 Dresden-Striesen, Barbarossastraße 14
 Strahlenbühnen 1, 2, 3, 22
 Jeden Sonntag u. Donnerstag, Anfang 4 u. 6 Uhr
Oeffentliche Ballmusik.
 Renoviert. - Neues Parquet. - Neue Einrichtung.
 Vereinigt. Feiner Saal zur Abhaltung von Hochzeiten etc.
 zwei Regalbahnen nach einige Tage in der Höhe frei. Der
 ersten Vereinen bestens empfohlen.
 Mittwoch den 13. März (118)

Diana-Saal Damen-Kränzchen
 Frau Schicklad Mollin (Vereinsplatz)
 einladet.

„Der Hias“
 kommt wieder
Tivoli-Palast
 ab 16. März.

Donnerstag den 13. März im
Kristall-Palast
 Schillerstraße 45
Großer Abschiedsball der 2. Kriegskass.
 Zeit-Veren. (10 198)
 Kameraden mit ihren Angehörigen willkommen. (10 198)
Königshof-Theater
 Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
 Aufführung für Dresden!
Der Liebe goldne Zeit
 Singpiel-Operette in einem Akte mit 2 Akten
 von U. G. Sante, Musik von U. S. S. S.
 Premiere 13. März.

Kammer-Lichtspiele
 Ab Donnerstag:
Lotte Neumann
 in ihrem neuen grossen Kunstfilm
**Wem nie durch Liebe
Leid geschah**
 Ergreifende Tragödie in 6 Akten.
 Täglich ab 3 Uhr.
 Beginn der letzten Vorstellung 8.40.

Kurbad „Hygiea“
 „Kü-stliche Höhen-sonne“
 Kurort
 15. März
 10.45

Wittmo
 Säch
 Zur
 medel eine
 wachheitlich
 die Bildung
 über die Bedi
 nigung stellt
 Ein gro
 tration
 Konofraten
 die Re
 Zimofoaten
 Bauern
 Ki
 läßt das B
 über die Bi
 allen zu gl
 zammenge
 ihre Vertrei
 gemeindebe
 wählberecht
 stellung d
 nndels, Er
 yungung, W
 rktionen u
 Gi
 In d
 Januar eine
 sigen So
 wank. An
 den Major
 den Krimkri
 die Gemein
 Interessier
 mit Mitteln
 gegenseitig
 3. Gestabr
 men und ein
 licher Offi
 dem 15. Nov
 18 am Stad
 der Gestabr
 mann in d
 Soldaten au
 der Krimkri
 wie möglich
 laffe das S
 yere mehr.
 Enlage Neß
 Holmann, H
 wöhlen Ost
 2. U.
 Bege
 Regiments
 Zimmer und
 sind glück
 wurde von
 rührung zu
 Hofere zu
 ihre Karbid
 Schar, etwa
 eine Beipre
 der Reite
 aus der neu
 Offizier
 Sie habe
 24 Stun
 Bege
 Kreierei un
 Ceter Sach
 Zeit Press
 aus Bismar
 aus Bismar
 Bayer aus
 unter Wille
 lediglich au
 schenkt h
 fet ihm ger
 würde es ge
 flüchtet, da
 weil mit G
 Bismarck
 botte nur o
 mit unabh
 Broge, hoch
 mit Kubra
 Bismarck
 blieh um G
 in den f
 yore dar,
 blühte zu
 St. B
 Bern
 bam braut
 und er tr
 und auch
 sonders de
 wenn es g
 bungen w
 diesem Th
 weil 1918
 men und
 ich bereit
 und Unge
 teure von
 strecht zu
 zu helfen.
 teig; So
 trachtung
 sultat wa
 nach dem
 Wessch
 auf mach
 schriftl
 teile den
 Profusio
 ein. Am
 weds ein
 nie gefor
 von der
 boh ich d
 beklamm
 abgeben
 eben noch
 diese Pra
 ritten De
 Weine u
 unterhei
 eines Jo
 werher
 Schme

